

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/1940



UNIVERSITÄT  
ERFURT

Staatswissenschaftliche Fakultät  
Professur für Öffentliches Recht  
und Verwaltungswissenschaft  
Univ.-Prof. Dr. Arno Scherzberg

Nordhäuser Straße 63 99089 Erfurt

Telefon 0361/737-4761

Telefax 0361/737-4709

E-mail arno.scherzberg@uni-erfurt.de

<http://www.uni-erfurt.de>

Universität Erfurt Postfach 900221 99105 Erfurt

Datum: 21.1.2019

Stellungnahme zum Antrag der SPD Fraktion Drs. 19/908

Der Antrag fordert die Landesregierung SH dazu auf, die Bürgerfreundlichkeit und Verständlichkeit der Bescheide von Landesbehörden zu verbessern und eine solche Verbesserung auch auf der kommunalen und Bundesebene anzuregen.

Dazu darf ich anmerken:

1. Das Anliegen des Antrags ist plausibel und nachvollziehbar.
2. Allerdings sollte sich die Verständlichkeit auf die Behördenkommunikation allgemein und nicht nur auf „Bescheide“ beziehen, vornehmlich auch auf die von der Verwaltung schriftlich oder mündlich erteilten Auskünfte und durchgeführten Beratungen sowie die Gestaltung von online-Informationsangeboten.
3. Die Umsetzung dieses Anliegens lässt der Beschlussvorschlag offen. Die Entschließung enthält insoweit keine Anregungen und wirkt etwas konturenlos.
4. Bescheide müssen sowohl gerichtsfest als auch verständlich formuliert sein. Das ist durch eine Verknüpfung von präziser, u.U. auch juristischer Terminologie mit erläuternden Zusätzen in alltagsverständlicher Sprache am besten zu gewährleisten.
5. Die Landesregierung sollte die nachgeordnete Verwaltung dazu in die Lage versetzen, hierzu Routinen zu entwickeln. Dazu ist es sinnvoll, zentrale Kriterien, Muster und Strukturen herauszuarbeiten, die die verständliche Sprache kennzeichnen, etwa in Form von „Leitbildern“ für eine bürgerfreundliche Verwaltungssprache.
6. In mehreren Bundesländern und Forschungsinstitutionen sind bereits derartige Leitbilder entwickelt und Erfahrungen mit der Einführung einer verständlichen Sprache in das Verwaltungshandeln gemacht worden. Hinzuweisen ist etwa auf das Konzept zur nachhaltigen Modernisierung der Verwaltungskommunikation am Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung in Speyer (Fisch/Margies, Hrsg., Bessere Verwaltungssprache, 2014) oder auf die Veröf-

fentlichung des Bay. Innenministeriums "Bürgernahe Sprache in der Verwaltung". Hier ist eine Vernetzung und Auswertung der mittlerweile gewonnen Erkenntnisse anzustreben.

7. Dabei könnten die von der Linguistik entwickelten Dimensionen des Textverstehens („Hamburger Modell“) zugrunde gelegt werden.
8. Eine Verbesserung der Verwaltungssprache ist letztlich aber nicht „von außen“ möglich. Traditionelle Schulungen krankten daran, dass Reformvorstellungen nicht von den Mitarbeitern selbst entwickelt und verbreitet werden, mithin nicht deren eigenes Erfahrungswissen über die Verständigung mit Laien aufgerufen und genutzt wird. Auch sprachlich-kulturelle Veränderungsprozesse sollten aber partizipativ gestaltet werden. Dabei muss die Führungsebene Raum und Zeit für die interaktive Erarbeitung und Gestaltung neuer Sprachstile und Erläuterungsformen gewähren und Anreize zum Erwerb neuer Kommunikationskompetenzen entwickeln.
9. Letztlich kann sich ein bürgerorientierter Sprachstil nur durchsetzen, wenn er als Element der „corporate identity“ der Behörde anerkannt und zu einem Bestandteil ihrer Verwaltungskultur gemacht wird.

  
A. Scherzberg